

gelware sind. Ferner erfolgen die Geschäfte nicht auf Bezahlungs-, sondern auf Verrechnungsbasis, so daß kostbare Devisen gespart werden.

Das Volumen des Handels mit Osteuropa läßt sich durch Vergleiche mit anderen Handelspartnern verdeutlichen: 1985 beispielsweise betrug das Handelsvolumen zwischen China und den USA, zwischen China und der EG sowie zwischen China und Japan jeweils 6 Mrd. US\$, dasjenige mit den Ländern Osteuropas 2,6 Mrd. und dasjenige mit der Sowjetunion 1,9 Mrd. US\$ (zum Handel mit Osteuropa: XNA, 26.12.85).

Anfang 1986 eröffnete die Volksrepublik in einem Ostblockstaat ihr erstes Konsulat, nämlich in der rumänischen Hafenstadt Constanza.

Anläßlich eines Sechs-Länder-Besuchs Mitte 1986, der u.a. nach Griechenland, Spanien, der Türkei und Tunesien führte, besuchte der chinesische Ministerpräsident auch zwei Ostblockländer, nämlich Jugoslawien und Rumänien. Diesen sechs Ländern sei gemeinsam gewesen, daß sie noch "relativ klein" und daß ihre Industrie und Technologie noch nicht durchentwickelt sei - dies kann man allerdings ganz gewiß nicht bei einem Land wie der DDR behaupten!

Was China heute an den Ostblockländern so positiv findet, ist ihr Bemühen um "Frieden und größere Anstrengungen für die internationale Entspannung" (XNA, 26.12.85). Die osteuropäischen Länder - "Opfer von zwei Weltkriegen" - bräuchten eine friedliche internationale Umgebung, um sich wirtschaftlich besser entwickeln zu können. Ganz in diesem Sinne hätten diese Länder inzwischen auch einen Ost-West-Dialog mit Ländern Westeuropas entwickelt - nicht zuletzt aus Anlaß der Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der Beendigung des Zweiten Weltkriegs. U.a. hätten die beiden deutschen Staaten ihre Kontakte verbessert, und auch die anderen osteuropäischen Staaten seien mit Großbritannien und Frankreich ins Gespräch gekommen.

China teile diese Interessenlage und zeige sich nicht zuletzt auch von den Bemühungen der osteuropäischen Staaten um die Einleitung wirtschaftlicher Reformen beeindruckt (XNA, 15.11.85). Ungarn habe in der Zwischenzeit mit seinem Modell überall Nachdenklichkeit ausgelöst. Polen habe sogar eine Sonderkommission für Wirtschaftsreformen eingerichtet. In Bulgarien gebe es seit 1978 ein Vertragssystem in der Landwirtschaft. Seit 1981 experimentiere Rumänien mit Preisreformen und habe seit 1985

eine Politik der Betriebsautonomie beschlossen. Die CSSR bemühe sich um organisatorische und Lohnreformen und um eine verstärkte Berücksichtigung des Wertgesetzes bei der zentralen Wirtschaftsplanung. Die DDR experimentiere mit einer Kombination von wissenschaftlicher Forschung, Produktion und Vermarktung innerhalb der Industriekomplexe (XNA, 15.11.85). Hier entdeckt China inzwischen viele Gemeinsamkeiten.

Leider muß China andererseits zur Kenntnis nehmen, daß der Warschauer Pakt einstweilen wie ein Fels in der Brandung stehenbleibt. Erst am 26. April 1985 war in Warschau ein Protokoll über die Verlängerung des Warschauer Pakts um 20 Jahre unterzeichnet worden. Außerdem wurde bei dieser Gelegenheit beschlossen, den Vertrag auch i. J. 2005 um weitere 10 Jahre zu verlängern, falls von den Unterzeichnern keine Einwände erhoben würden. Aus chinesischer Sicht ist der Warschauer Pakt ein Friedensgefährdungsfaktor. Beijing rechnete es den Albanern hoch an, als sie 1968 aus dem Pakt austraten, nachdem Pakt-Truppen die CSSR okkupiert hatten. Ferner ist der Pakt ein Instrument der UdSSR, die von Anfang an die führenden Posten im Gemeinsamen Generalstab und im Vereinten Oberkommando besetzt halten. Des weiteren hält Moskau auf der Legitimationsgrundlage des Pakts derzeit in der DDR, Polen, der CSSR und Ungarn rd. 400.000 Soldaten stationiert. Immerhin hält man es chinesischerseits dem Pakt zugute, daß er auf seiner Gipfelkonferenz im Juni 1986 der NATO einen gegenseitigen Truppenabbau vorgeschlagen hat. -we-

INNENPOLITIK

*

*

*(3)

17. Sitzung des Ständigen Ausschusses des VI. NVK

Die 17. Sitzung des Ständigen Ausschusses des VI. NVK fand vom 27. August bis zum 5. September 1986 statt. Das Ständige Parlamentsorgan verabschiedete folgende Gesetzesvorlagen:

- Verordnung über die Ahndung von Ordnungswidrigkeiten (Text in: RMRB, 6.9.86). Die neue Verordnung wird am 1. Januar 1987 in Kraft treten und die alte Verordnung vom 22. Oktober 1957 ersetzen.
- Verordnung über diplomatische Privilegien und Immunität (Text in: RMRB, 7.9.86).

Das Konkursgesetz wurde aufgrund von erheblichen Meinungsverschiedenheiten nicht verabschiedet.

Darüber hinaus genehmigte der Ständige NVK-Ausschuß zwei Konsularabkommen mit Ungarn und mit der DDR. Schließlich beschloß das höchste Parlamentsgremium, daß die Abgeordneten für die nächste Legislaturperiode der Volkskongresse auf Kreis- und Gemeindeebene bis Ende 1987 gewählt werden sollen. (RMRB, 6.9.86) -sch-

*(4)

6. Plenartagung des XII. Zentralkomitees

Das XII. Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas trat am 28. September 1986 zu seiner 6. Plenartagung zusammen. Das ZK verabschiedete einen umfangreichen "Beschuß über die Leitprinzipien für den Aufbau der sozialistischen geistigen Zivilisation" (RMRB, 29.9.86; in deutscher Übersetzung in: BRU, 7.10.86) und einen Beschuß über die Einberufung des XIII. Parteitags im Oktober 1987 (RMRB, 29.9.86). Darüber hinaus beschloß das ZK, daß für das Ende Juli verstorbene ZK-Mitglied Deng Jiaxian die bisherige ZK-Kandidatin Frau Yin Changmin als Vollmitglied ins Zentralkomitee nachrückt.

An der 6. Plenartagung nahmen 199 von 209 ZK-Mitgliedern und 126 von 133 ZK-Kandidaten teil. Darüber hinaus wohnten der Tagung 161 Mitglieder der Zentralen Beraterkommission, 122 Mitglieder der Zentralen Disziplinarkontrollkommission und 25 weitere Führungskader bei. Den Vorsitz führten die fünf Mitglieder des Ständigen Ausschusses des Politbüros Hu Yaobang, Deng Xiaoping, Zhao Ziyang, Li Xian-nian und Chen Yun (in offizieller Rangfolge).

Wie üblich fand vor der ZK-Plenartagung eine inoffizielle Vorbereitungskonferenz statt. Diese ZK-Arbeitstagung nahm fünf Tage in Anspruch, um die Beschlüsse der ZK-Plenartagung vorzubereiten. Dem offiziellen Tagungskommunique zufolge verliefen die Diskussionen "in einer demokratischen, von Einheit geprägten und lebhaften Atmosphäre" - ein Hinweis, daß der Beschuß über die sozialistische geistige Zivilisation heftig umstritten gewesen sein könnte. Interessanterweise wurden beide offiziellen ZK-Beschlüsse nicht einstimmig verabschiedet - zumindest fehlt im Kommunique der ansonsten bisher übliche Hinweis auf Einstimmigkeit.

Der Beschuß über die sozialistische geistige Zivilisation ist ein typisches Kompromißprodukt, in dem sowohl Reformen und aufgeklärte Marxisten als auch Reformgegner und orthodoxe Marxisten-Leninisten Formulierungen eingebracht haben, auf die sie sich in

den künftigen politischen Auseinandersetzungen berufen können. Dabei scheint es den orthodoxen Kräften gelingen zu sein, ihre Position vor allem in den ideologisch-politischen Passagen des Ideologie-Beschlusses, die im folgenden kurz zusammengefaßt werden, zu verankern.

Die "Gesamtkonzeption der sozialistischen Modernisierung" besteht dem Ideologie-Beschluß zufolge darin, "den wirtschaftlichen Aufbau in den Mittelpunkt zu stellen, die Reform des Wirtschaftssystems und die Reform des politischen Systems unbeirrbar durchzuführen, den Aufbau der geistigen Zivilisation entschieden zu verstärken und dafür zu sorgen, daß sich diese verschiedenen Bereiche gegenseitig ergänzen und fördern".

Der Beschluß macht unmißverständlich klar, daß die sozialistische geistige Zivilisation

- vom Marxismus und von den Mao-Zedong-Ideen angeleitet wird,
- der "korrekten Führung durch die Partei" untersteht und
- an den "Vier grundlegenden Prinzipien" festhalten muß (Festhalten an der Führung durch die KPCh, Festhalten an der Diktatur des Proletariats, Festhalten am sozialistischen Weg und Festhalten am Marxismus-Leninismus und an den Mao-Zedong-Ideen).

Die Ideologie und das Gesellschaftssystem des Kapitalismus müssen hingegen "kategorisch" abgelehnt werden. Deshalb muß auch laut Beschluß "die führende Position des Gemeineigentums immer sichergestellt sein". Für den politisch-ideologischen Sektor gilt: "Eine bürgerliche Liberalisierung zu praktizieren, bedeutet, das sozialistische System zu verneinen und den Kapitalismus zu befürworten. Dies widerspricht fundamental den Interessen des Volkes, läuft der historischen Entwicklung zuwider und wird deshalb von den Volksmassen entschieden bekämpft."

Den jüngsten Forderungen nach einer umfassenden Reform des politischen Systems und einer Demokratisierung wird in dem Beschluß ein enger politischer Rahmen gesetzt: Politische Reformen und Demokratisierung ("Sozialistische Demokratie") dürfen keinesfalls von den Prinzipien der Führung durch die Partei und der Diktatur des Proletariats abweichen. Die Freiheit der politischen Diskussion soll nur für solche Debatten gelten, die "auf wissenschaftlicher Forschung basieren" - damit werden die politischen Diskussionen außerhalb der Parteigremien im wesentlichen auf den geisteswissenschaftlichen Bereich beschränkt. Ansonsten gilt bei der politischen Entscheidungs-

findung nach wie vor das Prinzip des demokratischen Zentralismus. Lediglich im nichtpolitischen wissenschaftlichen Bereich und auf kulturellem Sektor sollen weitgehende akademische und künstlerische Freiheiten gelten.

Hinsichtlich der Diskussion um die Entdogmatisierung des Marxismus betont der Beschluß sowohl die Notwendigkeit der Weiterentwicklung der marxistischen Theorie als auch die Verpflichtung, "am Marxismus festzuhalten". Das diesbezügliche Fazit lautet: "Es ist falsch, den Marxismus als starres Dogma zu betrachten, aber es ist ebenso falsch, die grundlegenden Prinzipien des Marxismus zu verneinen und in der Annahme, der Marxismus sei bereits "überholt", bürgerliche philosophische und soziologische Doktrinen blindlings zu verehren." Um sowohl am Marxismus festzuhalten, als ihn auch weiterzuentwickeln, "muß das Studium des Marxismus aktiv gefördert werden". Dabei soll das Studium der grundlegenden Prinzipien des Marxismus "mit dem Studium der (gegenwärtig gültigen) Richtlinien und politischen Maßnahmen der Partei verbunden werden". -sch-

*(5)

44 Millionen KPCh-Mitglieder

Nach Angaben der ZK-Organisationsabteilung umfaßt die Kommunistische Partei Chinas gegenwärtig 44 Millionen Mitglieder. Seit 1981 seien 6,3 Millionen neue Mitglieder in die Partei aufgenommen worden (XNA, 29.9.86). Anfang 1980 hatte die Zahl der Parteimitglieder bei 38 Millionen gelegen. 1983 betrug sie 40.950.000 (RMRB, 27.8.84) und Mitte 1985 über 42 Millionen (HQ, 1985/Nr. 20, S.4). -sch-

*(6)

Interview mit Deng Xiaoping

In einem Interview am 2. September 1986, das Deng Xiaoping Mike Wallace von der amerikanischen Rundfunkgesellschaft Columbia Broadcasting System gab, äußerte er sich über die gegenwärtige Lage Chinas und einer Reihe internationaler Themen. Es folgen die wichtigsten Kernaussagen des Interviews:

Auf die Frage, was er zu Gorbatschows jüngster Rede in Wladiwostok zu sagen habe, in der Gorbatschow wörtlich gesagt hatte: "Laßt uns wieder gute Freunde sein, laßt uns die Spannungen zwischen unseren beiden Ländern beenden", sagte Deng: "Es gibt nichts neues in Gorbatschows Rede in Wladiwostok, und deshalb haben wir das, was neu und positiv darin ist, vorsichtig begrüßt. Seine Bemerkungen zeigen jedoch auch, daß er keinen großen Schritt getan hat."

Auf die Frage, ob er Gorbatschow gerne treffen wolle, sagte Deng: "Wenn Gorbatschow einen handfesten Schritt zur Beseitigung der Haupthindernisse in den chinesisch-sowjetischen Beziehungen unternimmt, insbesondere Vietnam drängt, seine Aggression in Kampuchea zu beenden und seine Truppen von dort abzuziehen, werde ich persönlich bereit sein, ihn zu treffen."

Auf die Bemerkung des Interviewers, daß die Vietnamesen gesagt hätten, sie würden gerne in Verhandlungen mit China eintreten, um die Schwierigkeiten zwischen Vietnam und China zu beenden, antwortete Deng: "Vietnam hat das mindestens hundertmal gesagt. Wir haben ihnen ausdrücklich gesagt, daß die Vorbedingungen der vollständige Abzug aller vietnamesischen Truppen aus Kampuchea ist. Die Kampuchea-Frage sollte von allen vier Parteien in Kampuchea durch Verhandlungen gelöst werden." Deng fuhr fort: "Fordert Vietnam auf, alle seine Truppen aus Kampuchea abzuziehen. In dieser Frage kann die Sowjetunion ihre Rolle spielen. Denn ohne sowjetische Unterstützung können die Vietnamesen nicht einen einzigen Tag länger in Kampuchea kämpfen. Gorbatschow umging diese Frage in seiner Rede in Wladiwostok. Deshalb sage ich, daß die Sowjetunion keinen großen Schritt zur Beseitigung der drei Haupthindernisse unternommen hat."

Auf die Frage, welches die Hauptthemen seien, die China und Amerika gegenwärtig trennen, sagte Deng: "Ja, es gibt welche. Es gibt drei Hindernisse in den chinesisch-sowjetischen Beziehungen, und es gibt ein Hindernis in den Beziehungen zwischen China und den Vereinigten Staaten. Das ist die Taiwanfrage oder die Frage der chinesischen Wiedervereinigung von beiden Seiten der Taiwanstraße. Es ging die Rede in den Vereinigten Staaten des Inhalts, daß die Vereinigten Staaten eine Haltung der 'Nichteinmischung' zur Frage der Wiedervereinigung Chinas, das heißt zur Taiwanfrage eingenommen hätten. Das ist nicht wahr. Tatsache ist, daß die Vereinigten Staaten immer beteiligt waren. In den 50er Jahren sahen McArthur und Dallas Taiwan als unsinkbaren Flugzeugträger der Vereinigten Staaten in Asien und im Pazifik an. Deshalb war die Taiwanfrage das wichtigste Thema bei den Verhandlungen über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen China und den Vereinigten Staaten."

Auf die insistierende Frage des Interviewers, ob Deng gerne Gorbatschow treffen würde, antwortete Deng: "Wie gesagt, das, wenn die

Sowjetunion zum Abzug der vietnamesischen Truppen aus Kampuchea beitragen kann, die das Haupthindernis in den sowjetisch-chinesischen Beziehungen beseitigen wird. Ich möchte es nochmals sagen: die vietnamesische Invasion in Kampuchea stellt das Haupthindernis in den chinesisch-sowjetischen Beziehungen dar. Die Stationierung von Truppen in Kampuchea durch Vietnam ist eine Frage, die die chinesisch-sowjetischen Beziehungen tatsächlich an einen kritischen Punkt gebracht hat. Wenn dieses Problem gelöst ist, werde ich bereit sein, Gorbatschow zu treffen. Um ehrlich mit Ihnen zu sein, ich bin über 82, bereits in vorgerücktem Alter. Da ich meine historische Aufgabe, Besuch im Ausland zu machen, schon lange erfüllt habe, bin ich entschlossen, keine weiteren Reisen ins Ausland mehr zu machen. Wenn jedoch dieses Hindernis in den chinesisch-sowjetischen Beziehungen beseitigt ist, werde ich bereit sein, eine Ausnahme zu machen und an jeden Ort in der Sowjetunion zu gehen, um Gorbatschow zu treffen. Ich glaube ein solches Treffen wird von großer Bedeutung für die Verbesserung der chinesisch-sowjetischen Beziehungen und die Normalisierung der staatlichen Beziehungen zwischen China und der Sowjetunion sein."

Auf die Frage des Interviewers, was genau zuerst kommen müsse, antwortete Deng: "Von den drei Haupthindernissen ist das wichtigste die vietnamesische Aggression gegen Kampuchea ..." Der Interviewer fragte sodann: "Ich habe noch nie ein Bild Deng Xiaopings in der Öffentlichkeit gesehen, warum?" Darauf antwortete Deng: "Wir ermutigen das nicht. Jeder einzelne ist ein Mitglied des Kollektivs. Ein einzelner kann isoliert von anderen nichts erreichen. Ich persönlich habe alle Angebote, meine Biographie zu schreiben, zurückgewiesen. Im Laufe der Jahre habe ich ziemlich viele gute Dinge getan, aber ich habe auch einige falsche Dinge getan. Vor der Kulturrevolution begingen wir Fehler wie den 'Großen Sprung nach vorn'. Natürlich war ich nicht der Haupturheber, aber ich trat auch nicht dagegen an, d.h. ich bin für den Fehler mitverantwortlich. Wenn eine Biographie geschrieben wird, sollte sie sowohl die guten als auch die schlechten Dinge, die man getan hat, einschließlich der Fehler, enthalten. Deshalb ist es besser, sie nicht zu schreiben."

Der Fragesteller sagte im weiteren Verlauf des Interviews: "Das China Deng Xiaopings unterscheidet sich vom China Mao Zedongs. Was hier vor sich geht, ist eine neue Revolution, zumindest versuchen sie, eine neue Revolution zu machen, wie es

scheint." Deng antwortete darauf: "Was sie sagen, ist richtig. Sie sagen ebenfalls, daß das, was wir gerade tun, dem Wesen nach eine Revolution ist. In anderem Sinne beschäftigen wir uns mit einem Experiment. Für uns ist es etwas Neues, und wir müssen uns vorwärtstasten. Irrtümer sind nicht zu vermeiden, weil es eine Revolution ist und etwas völlig Neues ist. Unsere Methode ist, von Zeit zu Zeit die Erfahrungen zusammenzufassen und Fehler zu korrigieren, wann immer sie entdeckt werden, damit aus kleinen Fehlern keine großen werden können."

Gegen Ende des Interviews sagte der Fragesteller: "Sie sind die Nummer eins in China. Wie lange gedenken Sie weiter die Nummer eins zu sein, der Mann, der das Sagen hat, dessen Wort in China Gesetz ist?" Deng antwortete: "Ich trete für die Abschaffung der lebenslangen Amtszeit und die Einführung eines Pensionierungssystems ein. Wie Sie wissen, habe ich Fallaci gesagt, daß mein Plan war, bis 1985 zu arbeiten. Jetzt ist es bereits ein Jahr später. Und ich denke jetzt darüber nach, wann ich zurücktreten soll. Ich persönlich würde gerne bald zurücktreten. Dies ist jedoch eine ziemlich schwierige Frage. Es ist sehr schwer, die Reihen der Partei und das Volk zu überreden, das zu akzeptieren. Ich glaube, wenn ich zurücktrete, wenn ich noch da bin, wäre das gut für die Kontinuität der gegenwärtigen Politik. Dies entspricht auch der Überzeugung, die ich immer gehabt habe. Ich muß jedoch härter arbeiten, um die Menschen um mich herum zu überzeugen. Letzten Endes muß ich als Mitglied der Kommunistischen Partei der Entscheidung der Partei folgen. Ich bin ein Bürger der Volksrepublik China, und deshalb muß ich dem Willen des Volkes gehorchen. Ich hoffe noch immer, daß ich mein Volk davon überzeugen kann, sich meiner Ansicht anzuschließen."

In einer der letzten Fragen, kam der Interviewer auf das Verhältnis zwischen Volkswillen und Gesetz zu sprechen, indem er sagte, in den Vereinigten Staaten versuchten die Leute, Mr. Reagan zu einer dritten Amtszeit zu bewegen, aber das Gesetz sage nein. Darauf entgegnete Deng: "Es ist Sache des Volkes, das zu entscheiden." (BRu. 23.9.86, S.4 ff.)-lou-

* (7)

Streit um Konkursgesetz

Da immer noch keine Einigkeit über die Bestimmungen des Konkursgesetzes für staatliche Unternehmen erzielt werden konnte, hatte der Ständige Ausschuß des NVK keine Entscheidung über das Gesetz getroffen. Song Rufen, der Vorsitzen-

de des Rechtsausschusses des NVK, sagte, ein Teil der NVK-Abgeordneten unterstütze den Gesetzentwurf und meine, daß er eine Selbstverkommenung des sozialistischen Wirtschaftssystems darstelle, während andere eine Verabschiedung des Bankrottgesetzes zum gegenwärtigen Zeitpunkt für verfrüht hielten. Sie sei der Ansicht, daß vor dem Bankrottgesetz einige grundlegende Gesetze für Industrieunternehmen ausgearbeitet werden müßten. "Dies gibt uns Zeit zur Verbesserung des Gesetzes, bis wir uns auf ein durchführbares Bankrottgesetz einigen können", sagte Song.

Der Rechtsausschuss wurde beauftragt, den Entwurf mit den zuständigen Abteilungen nach weiteren Untersuchungen und Studien zu verbessern.

Aisin-Giuro Pujie, ein Mitglied des Ständigen Ausschusses des NVK, meinte, ein Bankrottgesetz sei für die Reform und die Öffnung nach außen notwendig. Chen Heqiao stimmte dem zu, indem er zufügte, ein Bankrottgesetz werde sicherstellen, daß die Unternehmen tatsächlich für ihre Gewinne und Verluste verantwortlich seien. Er sagte weiter, als wirtschaftliches Mittel der Betriebsverwaltung werde das Gesetz dazu beitragen, die wirtschaftliche Effizienz zu erhöhen und die Qualität der Produkte zu verbessern.

Einige Mitglieder des Ständigen Ausschusses vertraten hingegen abweichende Meinungen. Yang Ligong, Gu Gengyu, Hu Keshi und Qian Min sagten, da die Wirtschaftsreform komplex sei, werde es schwierig sein, das Bankrottgesetz allein durchzuführen. Seine reibungslose Durchführung könne nur durch die Verabschiedung einer Reihe von weiteren einschlägigen Gesetzen sichergestellt werden, wie Gesetzen über die staateigenen, kollektiven und ländlichen Unternehmen, eines Gesellschaftsgesetzes, eines Arbeitsgesetzes und eines Sozialversicherungsgesetzes. Andere meinten, es sei notwendig, zuerst die Probleme der Entscheidungsbefugnisse der Unternehmen, der Arbeitsteilung zwischen der Regierung und den Unternehmen und der Verluste, die durch politische Maßnahmen und mangelhafte Bewirtschaftung entstanden seien, zu lösen. Weiter sei es erforderlich, ein rationales Preissystem zu schaffen und die Systeme der Kaderverwaltung und Arbeit- und Personalangelegenheiten sowie der Verteilung der Steuern weiter zu vervollkommen. (BRu, 23.9.86, S.13f; BRu, 8.7.86, S.8 f.)-lou-

* (8)

Herausgabe neuer Maowerke zum 10. Todestag

Radio Beijing kündete am 30. August 1986 an, daß die "Ausgewählten Werke des Genossen Mao Zedong zur Lektüre" von den Xinhua-Buchgeschäften im ganzen Lande am 9. September 1986, dem 10. Todestag von Mao Zedong, verteilt würden. Das Buch wurde vom Herausgeberkomitee über Parteiliteratur des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas zusammengestellt.

In einem kürzlich veröffentlichten Rundschreiben forderte die Propagandaabteilung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei die Propagandaabteilungen der Parteikomitees auf allen Ebenen auf, die Verbreitung und das Studium der ausgewählten neuen Werke voranzutreiben. In dem Rundschreiben hieß es: Die Zusammenstellung und Veröffentlichung der ausgewählten Schriften dienen dem Zweck der Verbreitung der wissenschaftlichen Arbeiten des Genossen Mao Zedong an die große Zahl der Mitglieder der Kommunistischen Partei, der Kommunistischen Jugendliga und an Staatsfunktionäre. Alle Typen von Schulen - sekundäre Schulen als auch Institutionen der höheren Bildung - würden mit diesem grundlegenden Textbuch zur Erlernung marxistischer Theorien ausgestattet. Das Buch würde das Studium und die Forschung über die Geschichte der chinesischen Revolution und des Aufbaus unter der Führung der Kommunistischen Partei erleichtern. Erleichtert werde auch das Studium und die Forschung über die Mao Zedong-Gedanken, die eine wissenschaftliche Leistung in bezug auf die Integration grundlegender marxistischer und leninistischer Theorien mit der chinesischen Revolution und dem chinesischen Aufbau darstellten.

In dem zweibändigen Werk, das 180.000 Schriftzeichen umfaßt, sind 68 Schriften von Mao Zedong aufgenommen worden, die während der Periode 1921 bis 1965 entstanden. Darunter befinden sich 17 Artikel, die bislang noch nicht veröffentlicht oder in den vorausgegangenen Ausgewählten Werken von Mao Zedong enthalten waren. (Radio Beijing, 30.8.86, zit. nach SWB, 3.9.86) -lou-

KULTUR

*

*

* (9)

Erstes Weißbuch über Wissenschaft und Technik

Zum erstenmal hat die Volksrepublik China ein Weißbuch über Wissenschaft und Technik veröffent-

licht. Es handelt sich um einen "Wegweiser der chinesischen Wissenschafts- und Technikpolitik", der von der Staatlichen Kommission für Wissenschaft und Technik herausgegeben wurde und über Ergebnisse und Projekte der staatlich geförderten Wissenschaft Auskunft gibt.

Zweck des Handbuchs ist es, der Öffentlichkeit in China wie auch ausländischen Partnern wissenschaftlicher Zusammenarbeit zu zeigen, was der Staat auf dem Gebiet der Wissenschaft tut. Der Band ist in 6 Abschnitte gegliedert: 1. Die historischen Veränderungen, 2. Politik und Gesetzgebung, 3. Forschung und ihre Nutzbarmachung, 4. Vermarktung technischer Errungenschaften, 5. Umwelt und Rohstoffe, 6. Statistik. Das Weißbuch soll künftig jährlich auf den neuesten Stand gebracht werden und Anfang 1987 auch in englischer Sprache erscheinen (GMRB, 10.9.86).

Es wird besonders darauf hingewiesen, daß das Weißbuch auch Artikel über die Regierungspolitik in bezug auf die zwölf Bereiche in Wissenschaft und Technik, die vom Staat vorrangig gefördert werden, enthält. Im einzelnen handelt es sich bei den zwölf Bereichen um die folgenden: Energie, Verkehr und Transport, Kommunikationswesen, Landwirtschaft, Konsumgüterindustrie, Maschinenbauindustrie, Rohstoffindustrie, Baumaterialindustrie, Städtebau, Dorf- und Kleinstadtbau, städtischer und ländlicher Wohnungsbau und Umweltschutz. An der Formulierung der Politik in diesen zwölf Bereichen haben unter Führung des Staatsrats und unter Zusammenarbeit der Staatlichen Kommissionen für Wissenschaft und Technik, Statistik und Wirtschaft mehrere tausend Wissenschaftler seit Anfang 1983 gearbeitet. Die Information über die Technologiepolitik der Regierung soll die technische und wirtschaftliche Entwicklung fördern, indem sie Leitlinien vermittelt und die Planung erleichtert (RMRB, 3.9.86).

Für die Planung und Koordinierung der angewandten Wissenschaften ist die Veröffentlichung von unschätzbarem Wert. Sie wird deshalb in China als ein weiterer Schritt zur Demokratisierung und Verwissenschaftlichung der staatlichen Forschungspolitik begrüßt. -st-

* (10)

Zentrum für deutsche Sprache an der Tongji-Universität

Kürzlich wurde an der Tongji-Universität in Shanghai, die traditionell enge Beziehungen zu Deutschland hat, da sie ursprünglich von Deutschen gegründet wurde (1907

als Medizinschule), ein Zentrum für die deutsche Sprache offiziell gegründet. Gleichzeitig nahm die erste Gruppe von 16 Postgraduiererten ihr Studium an diesem Zentrum auf. Das Zentrum ist ausschließlich für Graduierte vorgesehen. Es bietet diplomierten Ingenieuren und Betriebswirten ein dreijähriges Graduiertenstudium in Deutsch an, das für die Studenten mit einem zweiten Diplom abschließt.

Das Zentrum will sich systematisch mit Wissenschafts- und Techniktheorie in Deutsch, mit Lexikographie in Wissenschaft und Technik, mit Übersetzungstheorie und der Anwendung von Computern im Sprachunterricht befassen (XNA, 22.9.86) -st-

* (11)

Stärkere Förderung der Daoismus-Forschung

Politbüromitglied Xi Zhongxun hat kürzlich dazu aufgerufen, verstärkte Anstrengungen zum Studium des daoistischen Kanons zu unternehmen und mehr junge Daoismus-Fachleute auszubilden. Xi nahm an der vierten nationalen Konferenz der Chinesischen daoistischen Gesellschaft teil. Die daoistischen Schriften, so sagte er in seiner Rede auf der Konferenz, stellten eine wertvolle Quelle für das Studium der geistigen, literarischen und wissenschaftlichen Entwicklung Chinas dar. Seit fast 2000 Jahren habe der Daoismus die Politik, Wirtschaft und Kultur Chinas tief beeinflusst.

Seitdem die Daoistische Gesellschaft im Jahre 1979 ihre Tätigkeit wiederaufgenommen hat, sind in China über 100 daoistische Tempel wiedereröffnet und über 100 junge daoistische Priester ausgebildet worden. Auf der vierten nationalen Konferenz der Daoistischen Gesellschaft wurden Li Yuhang wieder zum Vorsitzenden und Wang Jiaohua, Liu Zhiwei und Fu Zhitian zu stellvertretenden Vorsitzenden gewählt (XNA, 18.9.86).

Nach der Kulturrevolution hat der Daoismus lange darauf warten müssen, von offizieller Seite Unterstützung zu finden. Erst in den letzten Jahren, nachdem Buddhismus, Islam und Christentum längst wieder Anerkennung gefunden hatten, schenkte man dem Daoismus wieder mehr Beachtung. Der Grund für die späte Anerkennung ist, daß der Daoismus nicht zu den großen Weltreligionen zählt und von seiten der Kommunistischen Partei mehr als andere Religionen mit Feudalismus und Aberglauben in Zusammenhang gebracht wurde. Heute jedoch kann man im Zuge der Rückbesinnung auf die eigene kulturelle Tradition den Daoismus nicht mehr außer acht